

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis monatlich durch  
die Post bezogen 40 Pf.  
Eingetragen in die  
Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
50 Pf. für die 3gepalt.  
Zeichelle.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 353 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Kollege Brey zur Erwerbslosenfürsorge.

In der Sitzung des Reichstages am 9. Februar 1925 hat der Kollege Brey beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums zur Frage der Erwerbslosenfürsorge unter anderem ausgeführt:

Das Reichsarbeitsministerium hat dem privaten Schiffbau Unterstufungen bis zu 50 Millionen Mark eingeräumt. Wir sind bereit, jede Maßnahme zu unterstützen, die die Möglichkeit bietet, unser Wirtschaftsleben in ein besseres Tempo hineinzubringen, aber was der Regierung beim Privat-Schiffbau nicht unbekannt geblieben ist hätte ihr auch bekannt werden müssen, soweit Betriebe in Frage kommen, an denen das Reich nicht unwesentlich beteiligt ist. Bei den Reichswerken der verschiedensten Art ist das Reich zu 51 Prozent beteiligt. Trotzdem sind Betriebe stillgelegt worden, bei denen also die Regierung nicht dieselbe Voraussicht hat walten lassen wie gegenüber der Privatindustrie. Es kommen Orte in Frage, bei denen die Reichswerke geradezu die Grundlage nicht nur für die Arbeiter, sondern überhaupt für das ganze städtische Gemeinwesen bilden, z. B. Rüstingen und Friedrichsdorf, die auf den Schiffbau eingestellt waren, an dem das Reich beteiligt gewesen ist oder beteiligt ist. In Rüstingen waren 3000 Arbeiter beschäftigt, in Friedrichsdorf 2000 Arbeiter. Diese Arbeiter sind technisch und auch wirtschaftlich auf den Schiffbau eingestellt; sie haben die Möglichkeit einer auch nur einigermaßen gleichartigen Beschäftigung nicht erhalten können. Neben diesen Betrieben sind weitere Betriebe stillgelegt worden in Hanau, Kassel, Sippkahl, München und Stegburg. Was den letzteren Betrieb anlangt, so besteht allerdings Zweifel, ob der Betrieb völlig zum Stillliegen verurteilt worden ist. Das hat natürlich für die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter große soziale und wirtschaftliche Nachteile, überhaupt für das Wirtschaftsleben dieser Orte. Die Regierung müßte die Sorge, die sie den privaten Betrieben angedeihen läßt, in allererster Linie da zur Geltung bringen, wo Werte des Reiches in Frage kommen, einmal aus finanziellen Gründen, dann aber auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Ich möchte an diese soziale Verpflichtung ganz nachdrücklich erinnern. Tausende von Arbeitern sind arbeitslos geworden, weitere Tausende stehen vielleicht noch vor der Frage, wirtschaftlich vor ein Nichts gestellt zu sein. (Unruhe. — Zurufe von den Sozialdemokraten: Es handelt sich ja nur um das Schicksal von Tausenden von Arbeitern; da braucht man nicht hinzuhören! — Glocke des Präsidenten.) Ich frage die Regierung, ob sie nicht mit uns der Auffassung ist, daß sie aus wirtschaftlichen, aus sozialen Gründen und schließlich auch aus Gründen der Wahrung des Ansehens des Reiches verpflichtet ist, diesen Werken ihre Aufmerksamkeit zuzulenken. Ich möchte im Namen meiner Fraktion dem Arbeitsministerium, dem Reichsministerium überhaupt, aufs dringendste ans Herz legen, sich mit diesen Werken, ihrer Arbeitsmöglichkeit und der Arbeiterbeschäftigung dort ganz ernst zu befassen.

Nun liegt hier ein Antrag Räder, Arendsee und Genossen (Kommunisten. D. Red.) vor, die Titelsumme der Etatposition auf 500 Millionen Mark zu erhöhen. Es sind für die produktive Erwerbslosenfürsorge 100 Millionen Mark eingelegt. Der Antrag bedeutet also, daß ein Plus von 400 Millionen Mark dieser Titelforderung hinzugefügt werden soll. Ich finde nicht, daß die Antragsteller nun den Weg angeben, wo diese Summe zu entnehmen ist. Eine solche Art der Gesetzesmacherei ist allzu bequem. Ich glaube nicht, daß auch nur einer der Antragsteller davon überzeugt ist, daß der Antrag Gesetzeskraft erhalten kann. Solche Anträge zu stellen, ist, mit Verlaub, wenn ich mal ein Wort von Ihrer Seite gebrauchen darf, Theater, berechnet auf Stimmungsmache draußen, aber nicht auf Erfolg hier im Hause, nicht eingestellt auf wirkliche Hilfe für die Arbeiter. Bei der letzten Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge haben die Antragsteller bzw. ihre Fraktionskollegen in der Kommission ähnliche Anträge gestellt, um schließlich dann mit uns sowohl in der Kommission als auch hier im Hause für die Anträge zu stimmen, die nach Lage der Sachverhältnisse durchzuführen waren, für die eine Mehrheit zustande zu bringen war.

Obwohl die Regelung der Erwerbslosenfürsorge in einem umfassenden Gesetz zu erwarten ist, nehmen meine Freunde Veranlassung, bei diesem Titel auf eine ganze Reihe von Zwischenlösungen zu drängen. Ich weiß, es ist den Herren vom Arbeitsministerium nicht angenehm, daß von uns auf Novellierungen gedrängt worden ist. Wir können uns aber nicht davon abbringen lassen, auf diesem Wege wiederum Versuche zu machen. Wir erwarten eine Zwischenlösung in bezug auf die Höhe der Unterstufung. Wir wollen es nicht verantworten, daß die Erwerbslosenfürsorge in ihrer jetzigen Unzulänglichkeit noch so lange bestehen sollte, bis das Gesetz fertig ist. Selbst wenn mit Wiensfleiß an seiner Fertigstellung gearbeitet wird, vergehen Monate.

Die Unterstufung für Kurzarbeiter muß obligatorisch gemacht werden. Es kann nicht länger dem Ermessen der Landesbehörde anheimgestellt werden, ob die Gemeinden eine Kurzarbeiterunterstufung einführen wollen.

Wenn der Gang der Beratung bei der letzten Erhöhung der Unterstufung uns völlig objektiv mitgeteilt worden wäre sowohl in der Kommission als auch hier im Plenum, dann wäre eine Mehrheit dafür zustande gekommen, die Unterstufungssätze um 50 Prozent zu erhöhen, wie meine Freunde es im Ausschuss beantragt hatten. Da wurde aber die Angelegenheit gegen unseren Widerspruch in den Beratungen für Erwerbslosenfürsorge hineingetragen. Nur dem Widerstand der Arbeiter ist es zu verdanken, daß sie, um wenigstens etwas zu erreichen, sich auf diesen Boden stellen. Nun war für die Stellungnahme der Arbeitnehmervertreter ansichlogisch, daß überhaupt ein Beschäftigungszustand kam, in dem sich die Arbeitgebervertreter für eine Erhöhung der Unterstufung erklärten, um so den Reichsarbeitern und den Landesregierungen den Einwand zu nehmen, die Arbeitgeber seien gegen Erhöhung der Unterstufung. Erst nach diesen Vorgängen haben sich die Vertreter der Gewerkschaften mit dem Beschluß einverstanden erklärt. Nach der Mitteilung, daß die Gewerkschaftsvertreter mit der Regelung einverstanden seien, ist dann der Beschluß im Ausschuss zustande gekommen, der schätzungsweise um 26 Prozent hinter dem ursprünglichen, was wir beantragt hatten. Hätte man diese Vorgänge zusammenhängend in den einzelnen Phasen geschildert, dann hätte es in der Kommission und hier im Hause eine Mehrheit für unseren Antrag gegeben.

Unser Antrag hatte nach den Berechnungen des Arbeitsministeriums eine Erhöhung der Ausgaben von 7,5 Millionen Mark pro Monat zur Folge. Von dieser Summe kommen ungefähr

24 Prozent zur Auszahlung. Man beachte hier den Widerstand, wo die Arbeitslosen in Frage kommen, gegenüber der Bereitwilligkeit, daß man an die Reeder 50 Millionen und an die Industrie, die bei der Ruhrbesetzung beteiligt war, 715 Millionen zur Auszahlung gebracht hat. Wenn das keine Erbitterung hervorruft, so weiß ich nicht, was erbitternd wirkt.

Nun aber noch etwas anderes. Da, wo die Entscheidungen des Erwerbslosensrates den Versicherern, den Arbeitslosenunterstützungsbeizehern ungünstig waren, hat man diese Beschlüsse durchgeführt; wo sie für die Erwerbslosen günstig waren, hat man sie nicht restlos

### Nur

wenn alle Verbandsfunktionäre und alle fortgeschrittenen Mitglieder jede sich bietende Gelegenheit zur Agitation ausnützen und auch sonst gewerkschaftliche Mit-

### Arbeit

leisten, ist es möglich, der Organisation ein festes Fundament auf breiter Grundlage zu geben. Ohne die Mitarbeit der besten Kräfte unseres Verbandes

### kann

keine Zahlstellenleitung ihre Aufgabe voll erfüllen. Arbeiten wir also gemeinsam am Ausbau unseres Verbandes, dann kann

### uns

das vorzüglich organisierte Unternehmertum weder überrumpeln noch ignorieren. Wir können also mit Recht sagen: Nur fortgesetzte Organisationsarbeit kann uns

### retten

vor Zuständen, wie wir sie kennengelernt haben, als die Arbeiterklasse noch keine Kampforganisation hatte.

durchgeführt, sondern die alte, geradezu anstrengende Knickerei beibehalten. So hatte man sich verständigt, für Berlin 140 Mk. pro Tag für Ledige über 21 Jahre zur Auszahlung zu bringen. Wer sich eine Berechnung darüber anstellt, was man zum notdürftigsten Leben braucht, kommt zu dem Ergebnis, daß 140 Mark auch bei den bescheidensten Ansprüchen noch nicht einmal ausreichen. Aber nicht auf diesen Satz von 140 Mk. ist man in der Verordnung gekommen, sondern auf 135 Mk. Ich glaube, ich bin durchaus im Recht, über eine solche haarsträubende Knickerei und über solche Mißachtung des Mehrheitsbeschlusses mein Mißfallen auszudrücken.

Bei der Arbeitslosenunterstützung ist eine Zwischenlösung erforderlich, ob die jetzigen Unterstufungssätze in den einzelnen Wirtschaftszweigen weiter so beibehalten werden sollen. Es ist jetzt, den Osten günstiger zu stellen. Die bestehende Spannung ist zu verringern. Der Osten umfaßt neben Ost- und Westpreußen Pommern, ganz Schlesien, erhebliche Teile von Sachsen, Städte wie Stettin, Frankfurt a. O. Es ist an der Zeit, das Augenmerk auf eine Angleichung und Befestigung dieser Unterstufung zu richten. Ich wäre dankbar, wenn das Arbeitsministerium in dieser Beziehung nicht erst die Initiative des Plenums oder einer Kommission des Reichstages abwarten würde, sondern wenn es von selbst zu einer Regelung kommen würde.

Dann scheint mir eine generelle Regelung notwendig zu sein als Zwischenlösung, soweit bei den Unterstufungssatzänderungen wechselnde Tätigkeit in Frage kommt. Ich meine die Zucker-Industrie. Hier stehen die Behörden auf einem ganz verschiedenen und auf die Dauer unhaltbaren Standpunkt. Da sind vor wenigen Wochen in Genthin 350 Leute entlassen worden, die in der Zucker-Industrie beschäftigt waren. Sie haben die Unterstufung nicht bekommen können. Der Bezug der Unterstufung wird an allerhand Kaufleuten geknüpft. In manchen Orten wird der Bezug der Unterstufung von einer Beschäftigung in der Vorkriegszeit abhängig gemacht.

Dann ist eine weitere Zwischenlösung notwendig, deren Nichtdurchführung auf die Dauer sozial und wirtschaftlich geradezu unerträglich wäre. Wir haben ja beantragt, daß die Personen, die der Angestelltenversicherung unterstellt sind, auch in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden sollen. Wir können nicht warten, bis diese Frage bei dem Umbau der Angestelltenversicherung gelöst wird. Es muß möglichst bald eine Lösung gefunden werden; denn es sind geradezu herzbrechende Fälle, die unserer Fraktion von Angestellten übermittelte werden. Ich bin überzeugt, daß auch andere Fraktionen diese Klagen zustimmend erhalten und über diese Dinge unterrichtet sind. Da habe ich ein Schreiben eines solchen Angestellten, der bis vor wenigen Wochen zu einem Gehalt von höchstens 60 Mk. gearbeitet hat; im Dezember bezog er 40 Mk. Als er dann arbeitslos wurde, ist es ihm nicht möglich gewesen, Erwerbslosenfürsorge zu beziehen. Man sprach ihm die Berechnung zum Bezüge ab, man verwies ihn an die Fürsorgestelle der Wohlfahrtsfürsorge, auch da wurde er abgewiesen. Die Stimmung dieses Mannes, die aus seinem Briefe spricht, ist geradezu verzweifelt. An einer Stelle soll ihm sogar die Auskunft gegeben sein, aus der Wohlfahrtsfürsorge könne er Unterstufung nicht erhalten. Diese sei nur für Hand-, nicht für Kopfarbeiter zugänglich. Hier sind die Ursachen ihrer Familienkatastrophen, von denen man in der Presse in kurzen Zwischenräumen lesen kann, wo aus Verzweiflung nicht nur das Haupt der Familie den Tod sucht, sondern Familienmitglieder mit sich nimmt. Sehen wir uns einmal die Arbeitslosenverhältnisse in diesen Angeklammerten an! Ich habe vor mir die Anweisung des städtischen Arbeitsnachweises für Angestellte in Berlin, die sich auf das Geschäftsjahr 1923/24 erstrecken. Da gab es Arbeitslosige — Leute, die eine Stelle suchten — insgesamt 143 563 und 49 773 offene

Stellen. Es gab also dreimal soviel Arbeitsgesuche wie offene Stellen.

In diesem Ausdruck sozialen Elends kann die Gesetzgebung nicht länger vorübergehen; sie muß so rasch wie möglich dazu Stellung nehmen. Wir erwarten, daß eine Zwischenlösung erfolgt. Sieht man sich die Auswanderungsziffern an und bewertet sie sozial, so stellt sich heraus, daß unter den Auswanderern 11 Prozent Personen aus dem Handel im Alter von 17 bis 50 Jahren beteiligt sind, also Leute, die sich in der Vollerfüllung befinden. Die Auswanderungsziffer der Personen ist von 3221 im Jahre 1913 auf 13 070 im Jahre 1923, also um das Vierfache, gestiegen.

Da meine Redezeit abgelaufen ist, muß ich zum Schluß kommen. Den Herren Bravouristen möchte ich kurz eine kleine Bemerkung machen. Ich habe manchen Ihrer Redner mitgehört und nicht gefunden, daß seine Ausführungen interessante, gewissenhaft sind die, die ich eben gemacht habe. Jedenfalls waren meine Ausführungen von Ernst getragen, von dem Bestreben, die soziale Lage der Leidenden zu lindern. Wenn Sie sich zu einem ironischen „Bravo!“ bequemen, so will ich das hiermit feststellen. (Sehr Lachen bei den Sozialdemokraten.)

## OOO Aus der Industrie OOO

### Chemische Industrie

#### Der Anti-Kaliblock.

Nach dem Vorgehen des Wintershall-Konzerns mit der „Preussag“ und der Fühlungnahme mit der Gruppe „Einigkeit“ sind die übrigen kleineren Konzerne ganz plötzlich angewacht und haben sich mit Ausnahme der „Preussag“ und „Einigkeit“ zu einem Antiblock vereinigt. Da Anti soviel wie gegen bedeutet, muß man annehmen, daß diese neue Gruppe im Gegensatz zu Wintershall steht. Tatsächlich liegen die Verhältnisse aber so, daß beide Gruppen im Prinzip dasselbe wollen.

Wintershall betreibt die Konzentration ziemlich scharf. Nicht nur kleine Betriebe, sondern selbst solche wie Wilhelmshall und Carlshund wurden stillgelegt. Wintershall sieht nur solche Werke für ergebnisbringend an, die täglich 50 bis 60 000 Doppelzentner Rohsalz verarbeiten können.

Der Antiblock dagegen möchte die Leistungsfähigkeit auf 15 000 bis 20 000 Doppelzentner normiert sehen. Damit ist also auch dort eine Stilllegung von Werken mit weniger als 15 000 Doppelzentner nicht unvermeidbar. Auch hier ist also die Konzentration, jedoch in anderem Maße als bei Wintershall vorgezogen. Der Antiblock will also die gemäßigtere Konzentration.

Gegenüber Wintershall haben die Bestrebungen des Antiblocks zweifellos etwas für sich. Bei den Vorgängen in der Kaliindustrie spielt nicht nur die Frachtenfrage eine Rolle, sondern es kommen hauptsächlich sozialpolitische Momente in Frage. Zur Frachtenfrage nur ein Beispiel. Wenn in Hannover sämtliche Werke stillgelegt werden und die Landwirtschaft ihre Salze aus dem Magdeburger Gebiet beziehen muß, dürfte eine evtl. Preisermäßigung, wie sie Wintershall angeblich erstrebt, durch bedeutend höhere Frachten wieder ausgeglichen werden. Jergens ein Vorteil würde für die Landwirtschaft damit nicht in Erscheinung treten. Vom sozialpolitischen Standpunkt aus die Dinge betrachtet, ist die Frage zu prüfen, was mit den Arbeitern geschieht, die auf den stillgelegten Werken zur Entlassung kommen. Die den Arbeitern und Angestellten gemäß § 85 des Kaliwirtschaftsgesetzes zuerkannte Entschädigung ist in den meisten Fällen so gering, daß nach einigen Wochen von dem Gelde nichts mehr übrig ist. Den Arbeitern ist nicht damit gedient, daß ihnen auf anderen Werken, und zwar im Verregebiet und Südharz durch Wintershall Arbeit angeboten oder in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt wird. Durch derartige Maßnahmen werden soziale Probleme ihrer Lösung nicht näher gebracht. Deswegen können wir uns im Interesse der Kalidarbeiter unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen mit der Taktik des Antiblocks schon eher einverstanden erklären.

Was wird denn aber nun bei der jetzigen Konstellation beider Gruppen? Wintershall verfügt mit den zu ihm gehörenden Konzernen, selbst wenn man die „Preussag“ und „Einigkeit“ mitrechnet, über 47,52 Prozent, während der Antiblock über die restlichen 52,48 Prozent im Syndikat verfügt. Die Majorität liegt also beim Antiblock. Wird sich Wintershall damit zufrieden geben, oder wird er Kampf bis zur Erschöpfung weitergeführt werden? Ja der Kaliindustrie muß man wie in Amerika mit unbegrenzten Möglichkeiten rechnen. Wenn der Wintershallkonzern sein Ziel konsequent verfolgt, also die Aufhebung des Kaliwirtschaftsgesetzes, Zerstückelung des Kalisyndikats und danach — eine Verbindung mit dem Eisatz, dann dürfte das Schicksal der meisten Kaliwerke beschlossen sein, die nicht dem Wintershall-Konzern angehören.

Durch den Antiblock hat sich ja die Sachlage nun etwas geändert. Es dürfte Wintershall nicht mehr so leicht fallen, das Kaliwirtschaftsgesetz zu beseitigen. Hierbei setzen wir voraus, daß der Antiblock die Gefahr erkannt hat und für Beibehaltung des Gesetzes eintritt. Es wäre aber auch



erwünscht, wenn der Staat mehr als bisher Einfluss auf die Kaliumindustrie bekommen würde.

Noch ein paar Worte zu den Preisen für Kalifalze. Die Inlandspreise werden bekanntlich vom Reichskalitrat festgesetzt. Diese sollen Mindestpreise für das Ausland sein. In besonderen Fällen kann der Reichswirtschaftsminister Ausnahmen zulassen. Das soll auch schon öfter geschehen sein. In der bürgerlichen Presse und in den Handelszeitungen wird schon seit längerer Zeit geschrieben, daß die Auslandspreise für Kalifalze außerordentlich niedrig seien und daran nichts verdient werden könne. Kann uns der Reichswirtschaftsminister oder das Reichskalkulationsamt sagen, welche Preise jetzt für Kalifalze vom Ausland und hauptsächlich von Amerika gezahlt werden? U. A. M. G.

Der Streik in der chemischen Industrie des Saues 13.

In den industriellen Orten des Saues 13 geben die chemische und die Metallindustrie dem wirtschaftlichen Leben das Gepräge. Es liegt auf der Hand, daß die beiden in Frage kommenden Arbeitgeberverbände befreit sind, die Löhne möglichst auf gleicher Höhe, oder besser ausgedrückt, auf gleicher Linie zu halten. Je nachdem wie das organisatorische Verhältnis ist, oder auch die Konjunktur, versucht der eine oder andere Arbeitgeberverband zunächst zu einer Lohnfestsetzung zu kommen, die möglichst niedrig ist, um diesen Abschluß dann als das gegebene Lohnniveau für die andere Industrie festzuhalten. So war es auch, als am 1. Januar d. J. der Lohnabschluß mit der chemischen Industrie ablief. Schon in den ersten Tagen des Jahres wurde für die Metall-Industrie von dem amtlichen Schlichtungsausschuß ein Spruch gefällt, der wohl eine Lohn-erhöhung von 5 Pf. pro Stunde vorsah; dafür sollte aber die bisherige Kopfgabe von 2 Pf. pro Stunde in Wegfall kommen. Dieser an sich schon vollständig unannehmbare Spruch würde, nachdem er von beiden Parteien abgelehnt war, von dem in Frage kommenden Schlichter noch dahingehend verschlechtert, daß statt 5 Pf. Julage nur 3 Pf. festgesetzt wurden und trotzdem die soziale Julage in Wegfall kam, so daß, wenn dieser Spruch vollständig zur Auswirkung gekommen wäre, für den größten Teil der in Frage kommenden erwachsenen Arbeiter ein Lohnausfall eingetreten wäre, was allerdings durch eine besondere Vereinbarung verhindert wurde. Jedenfalls machte die Lohnfestsetzung für die Metall-Industrie keine irgendwie nennenswerte Erhöhung.

Auf diesen Lohnabschluß stützte sich der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und lehnte in der Verhandlung sowohl wie auch vor den Schlichtungsinstanzen jede Lohn-erhöhung ab. Allerdings wurde vor dem Landrat in Berlin inoffiziell erklärt, daß man wohl für das Wirtschaftsgebiet A bis zu 4 Pf. Lohn-erhöhung mitgehen würde, für die übrigen Wirtschaftsgebiete nur aber auch vor dem Landrat keinerlei Regelung vorhanden, irgendeinen Pfennig Lohn-erhöhung zu geben. Dabei wurde erst später bekannt, daß dieses Angebot von 4 Pf. pro Stunde in dem Sinne gemeint sei, daß auch für die chemische Industrie die Kopfgabe von 2 Pf. pro Stunde in Wegfall kommen solle. Bei dieser Einstellung des Arbeitgeberverbandes, der sich immer wieder auf den Abschluß in der Metall-Industrie stützte, war eine Verständigung unmöglich, so daß kein Spruch zustande kam und der sogenannte knifflige Zustand eintrat.

Es kam angenommen werden, daß der Arbeitgeberverband diesen kniffligen Zustand ziemlich sorglos entgegenliehe; hatten wir doch auch im Jahre 1924 von Mai bis Oktober einen derartigen Zustand, so die verschiedenartigsten amtlichen Schlichtungsinstanzen bis hinunter zum Arbeitsministerium in Tätigkeit traten, und trotzdem — so legten sich wohl die Unternehmer — war es möglich, für die gesamte Zeit ohne jede Lohn-erhöhung auszukommen. Wahrscheinlich ging die Laktia auch diesmal dahin, durch mögliche Verzögerung der Angelegenheit eine evtl. Lohn-erhöhung hinauszuschieben oder gar unmöglich zu machen. Diese Laktia wurde durch den Beschluß der Tarifkommission der Arbeitnehmer, daß in all den Betrieben, wo die organisatorischen und sonstigen Verhältnisse dazu gegeben waren, Einzelvereinbarungen eingereicht werden sollten und, falls diese nicht bewilligt würden, ohne Rücksicht irgendeiner Schlichtungsinanz, die Arbeit niedergelegt werden sollte. Der Tage später fanden die Arbeiter der chemischen Industrie in Westfalen im Streik; eine Belegkarte, bei der es in der Nachkriegszeit nie eine Zeit gegeben hat, es nicht der letzte Mann seiner Organisation angehörit hätte. Die Arbeiterschaft einer Anzahl weiterer Betriebe folgte, so daß in kurzer Zeit etwa 3500 Arbeiter im Streik waren. Nach wenigen Tagen des Streiks rief der Arbeitgeberverband, der zunächst die Forderung jeder vermittelnden Instanz weislich von sich gewiesen hatte, das Arbeitsministerium zwecks Hilfeleistung zur Beilegung des Kampfes an.

Gleichzeitig wurde aus in einem offiziellen Schreiben in nicht un-angenehmer Weise die Aussperrung des gesamten Betriebs angekündigt. Diese Drohung hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die Arbeiter wollten weiter zu verfolgen, aber erzwungen wurde man sein, die rüch des Arbeitsministeriums handeln kann, wenn es von Arbeitgeberseite dazu aufgefordert wird. Als wir im vorigen Jahre das Arbeitsministerium boten, einen so günstigen Spruch verbindlich zu erklären, da damals es fast vierzehn Tage, bis wir die erste Antwort bekamen. In diesem Falle dauerte es kaum 14 Stunden und ein Vertreter des Arbeitsministeriums, in der Person des Oberregierungsrats Kutzig, war an Ort und Stelle, um durch Einsetzung eines Sondergerichtes dem Kampfe ein Ende zu machen. Nach 10stündiger Verhandlung wurde dann auch der vom Arbeitgeber gewünschte Spruch von ihm selbst zum Spruch erhoben, der aus einer Lohn-erhöhung von 5 Pf. pro Stunde, aber auch eine Dauer des Spruchs bis zum 31. Mai und darüber hinaus mehrere Bestimmungen über die Wiederherstellung der Betriebsarbeiten bestand. Der Spruch wurde sofort in Ausführung gesetzt, und als Antwort auf die drohende Forderung, in der die Dauer des Spruchs zu verlängern, gleichzeitig aber auch als Antwort auf die angekündigte Aussperrung, ließen weitere 300 Kollegen in dem Streik, so daß etwa 4000 Streikende vorhanden waren. Wiederum, innerhalb 24 Stunden, hat das Arbeitsministerium zu einer Ausdehnung zwecks Verhandlungsbereitschaft ein, die aus wohl klaren Bestimmungen über die vollständige Wiederherstellung der Betriebsarbeiten in ihrer vollen Höhe besteht, aber an der Dauer des Spruchs nichts änderte. Außerdem bestanden die Tarifkommissionen, am anderen Tage den Streik aufzuheben, weil das Objekt des Kampfes, das festgesetzt war noch in der Dauer des Spruchs bestand, in keinem Verhältnis mehr zu den Opfern stand, die Verbandskasse und Einzelkassen zu bringen hatten.

Aber jedes Lob erheben auch die Haltung der streikenden chemischen Arbeiter in diesem Kampfe verdient werden. Rechts und linkslinige sind sie der von den Gewerkschaften herausgegebenen Parole gefolgt. Des hat es zu später in Erinnerung, als man sich — es Spruches, der die Erhöhung von 10 Pf. pro Stunde, die Arbeitgeber sich die erdunkelste Höhe geben, die Arbeiter der Reichsindustrie, die von den Gewerkschaften für die Verwirklichung des Kampfes bestimmt waren, von der Arbeitsministerien abspalteten, und, obwohl bekannt, daß ein materielles Ergebnis kaum nach zu erwarten ist, folgten die Delegierten dieses von den Gewerkschaften und mehreren ihrer Offiziere auf, die man zum einen gut vorbereiteter Arbeiterkampf wissen kann. Es dauerte nach der Verhandlung mit dem Arbeitsministerium in Berlin die politische Tarifkommission — dem Spruch, den den Kampf abzuwehren, weil es auf ein in der Tat ein Objekt in letzterem Verhältnis mehr zu den Opfern und Opfern stand, wurde diesem Verhältnis der Kampf der Arbeiterschaft war auch den Arbeiterinnen vollständig überlassen worden, wenn es die Folge geblieben. Der im Kopf der gewaltigen moralische Erfolg, den diese Verhandlung der Gewerkschaften brachte. Stark und durch den Reiz von den Tarifkommissionen überlassen, gehen der Arbeiter- und Arbeitgeberverband und auch die übrigen am Kampf beteiligten Ge-

werkschaften aus dieser Bewegung hervor, so daß nach Ablauf des jetzt laufenden Tarifes die Machtverhältnisse sich wesentlich zugunsten der Arbeitnehmer verschoben haben werden und das, was durch die Dauer des Vertrages für eine vorübergehende Zeit nicht möglich ist, bei den kommenden Verhandlungen nachgeholt werden kann. Der Kampf ist — das kann auch zu Ehren des Gegners gesagt werden — auf beiden Seiten mit ehrenhaften Mitteln geführt und beendet worden. Doch wird es nach menschlicher Voraussicht nicht der letzte sein, der in der chemischen Industrie durchzuführen ist. Da heißt es für die Arbeiterschaft rüsten, so daß in kommenden Fällen nicht nur verdingelte Betriebe den Kampf aufnehmen können und sich für die Allgemeinheit opfern müssen, sondern daß die Arbeiterschaft sämtlicher Betriebe innerhalb der chemischen Industrie gerüstet und bereit ist, der an sie ergebenden Parole der Gewerkschaften zu folgen.

Auch aus diesem Kampfe wird manche Lehre zu ziehen sein, namentlich in bezug auf das Verhalten gegenüber den amtlichen Instanzen; denn jeder, der diesen Kampf mitgemacht hat, wird sich des Gefühls nicht erwehren können, daß diese Instanzen sehr viel Zeit haben, wenn sie von Arbeitnehmerseite angerufen werden, daß sie aber im gegenteiligen Falle so rasch arbeiten können, wie man es sonst von einer amtlichen Instanz kaum gewohnt ist. Aber auch die erkennliche Tatsache kann als Lehre aus diesem Kampfe hervorgehoben werden, daß die Zeiten hoffentlich endgültig vorüber sind, wo wir uns dem Diktat der Unternehmer bedingungslos fügen müssen, wie das im Jahre 1924 anfänglich der Fall war. Bis zu einer gewissen Grenze besteht schon heute die Möglichkeit, unseren Willen durchzusetzen; diese Möglichkeit wird verbessert durch den hoffentlich andauernden Zustrom der chemischen Arbeiter, die in dem letzten Jahren satenmäßig geworden waren.

Papier-Industrie

In die Zahlstellen mit Papiererzeugungs-Industrie.

Die durch die Gauleitungen versandten Fragebogen zur Feststellung des Organisationsverhältnisses in der Papiererzeugungsindustrie werden verschiedentlich durch die Zahlstellen direkt der Branchenleitung nach Hannover zugesandt. Dadurch verlieren die Gauleitungen jede Kontrolle über die Ablieferung dieser Fragebogen. Wir ersuchen deshalb nochmals drücklich, diese Fragebogen nicht nach Hannover zu senden, sondern den in Frage kommenden Gauleitungen zuzustellen, die dieselben dann ganweise nach Hannover übermitteln.

Die Branchenleitung. J. A. G. Stähler.

Zurück zum Achtstundentag.

Unter der Papierarbeiterschaft des Dürren-Jülicher-Lohnbezirks herrscht seit der Einführung der verlängerten Arbeitszeit eine furchtbare Erbitterung. Diese Erbitterung ist verständlich, da gerade in diesem Lohnbezirk das Drei-Schichtensystem vollkommen beseitigt und dafür das Zwei-Schichtensystem eingeführt wurde. Die Papierarbeiter des Dürrener Industriegebietes, die bei 11stündiger Bezahlung in zwei-Schichtensystem täglich 12 Stunden zu arbeiten müssen, haben sehr häufig noch An- und Abmarschwege von und zur Arbeitsstelle von 2 bis 3 Stunden, so daß sie in Wirklichkeit täglich bis zu 15 Stunden bei handstärklicher Entlohnung den rheinischen Papierbaronen opfern müssen. Daß unter solchen Verhältnissen an ein geordnetes Familienleben kaum noch gedacht werden kann, ist selbstverständlich. Die Familienväter bekommen ihre Kinder oftmals böses Blut unter der Arbeiterschaft erzeugen müssen, ist gleichfalls eine Selbstverständlichkeit.

Am 1. Februar tagte eine Papierarbeiterkonferenz in Dürren, die zur Verlängerung des Gesamtarbeitsvertrages Stellung nahm und folgende Entschlieung zur Arbeitszeitfrage annahm:

Die heute, am 1. Februar 1925, in Dürren in der Turnhalle der Mädchenschule versammelten Papierarbeiter des Lohnbezirks B bedauern lebhaft, daß der Reichsrahmentvertrag mit seiner überlangen Arbeitszeit über das Jahr 1924 hinaus hat verlängert werden müssen.

Die rheinische Papierarbeiterschaft hat die fast restlose Einführung des Zwei-Schichtensystems im besetzten Gebiet besonders hart getroffen, weil feststeht, daß im übrigen Papiergebiet, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die papiererzeugende Industrie in drei Schichten, also nicht 12, sondern nur 8 Stunden täglich arbeiten läßt.

Infolgedessen protestieren die rheinischen Papierarbeiter ganz entschieden gegen diese unterschiedliche Behandlung und verlangen von der Gesetzgebung ein generelles Verbot des Zwei-Schichtensystems für die kontinuierlich durchlaufenden Betriebe. Neben dieser Forderung an die Gesetzgebung richten die rheinischen Papierarbeiter an ihre Verhandlungsstellen das dringende Ersuchen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die abnorm lange Arbeitszeit in der Papierindustrie beseitigt wird.

Ferner verlangen die Papierarbeiter des besetzten Gebietes, weil sie die Hauptleidtragenden der verlängerten Arbeitszeit sind, daß ihnen ein Vortrecht bei der Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages eingeräumt wird.

Die versammelten Betriebsvertreter und Verhandlungsführer brachten weiterhin zum Ausdruck, daß auch die Arbeitszeitfrage durch Wünsche an die Gesetzgebung und durch Fassung von Resolutionen allein nicht gelöst wird. In der Erkenntnis, daß Lohn- und Arbeitszeitfragen wirtschaftliche Machtfragen darstellen, deren Lösung von der Stärke der beteiligten Organisationen abhängt, sehen die versammelten Betriebsvertreter den einzigen erfolgreichen Weg in der Stärkung der Gewerkschaftsorganisation. Die versammelten Papierarbeiter gelobten deshalb, alle Kräfte zum Wiederaufbau des Verbandes einzusetzen und die dem Verbands noch fernstehenden aus ihrer Gleichgültigkeit und Lethargie anzurufen.

Gleichzeitig wurde die Einführung von sogenannten Kampfschildern beschlossen, um auch finanziell gestärkt zu sein. Aus dieser Tatsache geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die rheinischen Papierarbeiter nicht gewillt sind, die derzeitigen inhumanen Arbeitszeitbedingungen dauernd auf sich zu nehmen. Kommen Reichsregierung und Unternehmer nicht bald zur Einsicht, daß eine täglich 12stündige Arbeitszeit für die Papierarbeiterschaft untragbar ist, dann werden die rheinischen Papierarbeiter mit Hilfe der Gewerkschaftsorganisationen den Kampf um den Achtstundentag auf-

nehmen müssen. Die Vorbereitungen zu diesem evtl. Kampfe zu schaffen, war die Aufgabe dieser Dürrener Papierarbeiterkonferenz. W. Eichelmanns.

Die Ursachen der Haffkrankheit.

(Abwässer oder die böse Fliege.)

In unserem Artikel: „Tuberkulose-Hellstätten“ in Nr. 3 des „Proletariats“ haben wir bereits auf die Haffkrankheit hingewiesen. Über diese Krankheit hat vor kurzem der Geheim Obermedizinalrat Professor Dr. Lenz in einer Versammlung der Berliner medizinischen Gesellschaft Bericht erstattet. Herr Professor Lenz hatte sich am 17. September v. J. im Auftrage des Preussischen Wohlfahrtsministers nach Königsberg begeben, um an Ort und Stelle an den der Haffkrankheit erkrankten Fischern Untersuchungen und Feststellungen vorzunehmen. Professor Lenz erklärte in der Berliner Versammlung der medizinischen Gesellschaft, daß der von Anfang an gehegte Verdacht sich bestätigt habe, daß es sich bei der Haffkrankheit um eine Vergiftung durch Arsenik handele. Er hob weiter hervor, daß in den Abwässern der beiden Königsberger Zellstoff-Fabriken, die Schwefelkies verwenden, 28 Milligramm Arsen in einem Liter Wasser nachgewiesen seien, so daß ungefähr 56 kg Arsen täglich ins Haff entleert wurden. Im Haffwasser wurde an verschiedenen Stellen Arsen gefunden, dessen Mengen in den Proben zwischen 0,1 und 1 Milligramm schwankte, ebenso in Blut und in den Ausscheidungsstoffen der Kranken, sowie in den Organen der von der Haffkrankheit Befallenen oder daran Gestorbenen. Die Untersuchungen der Fische ergab außerordentlich wenig oder gar kein Arsen. Dagegen wurden im Schlamme und in den vermodernden Algen der Haffblüte sogenannte Arsenpilze entdeckt, d. h. Bakterien, die aus arsenhaltigen Substanzen atrophisierte Arsenwasserstoffverbindungen, also giftige Gase freizumachen fähig sind. Weiterhin gelang es beim Durchleiten von Luft und Stickstoff durch größere Mengen Haffwasser aus diesen Gase auszutreiben, die sich als arsenhaltig erwiesen. Professor Dr. Lenz betonte ausdrücklich, daß aus allen diesen Untersuchungen mit einer an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Schluß gezogen werden könne, daß das mit den Abläufen der Zellstoff-Fabriken dem Haffwasser beigemengte Arsen durch biologische Vorgänge im Haffschlamm in hochmolekulare flüchtige Arsenverbindungen übergeführt wurde, die die Erkrankung der Fischer veranlassen.

Professor Dr. Lenz stellte weiterhin fest, daß von 450 Menschen rund 600 Krankheitsmeldungen vorliegen. Ein Teil der von der Haffkrankheit Befallenen erkrankte mehrmals, einzelne bis 6mal. Dabei mögen sich leichte Fälle der Feststellung entzogen haben. Die Zahl der Todesfälle betrug 6, von denen aber nur 2 der Krankheit unmittelbar zur Last fallen. Durch Eintritt der Kälte wurde die Tätigkeit der Kleinfischarten unterbunden und damit die gefährliche Gärung im Haffwasser zum Stillstand gebracht. Hieraus haben dann auch die Erkrankungen aufgehört. Weiterhin teilt Professor Dr. Lenz mit, daß Maßnahmen getroffen seien, damit künftig die Fabriken kein Arsen mit ihren Abläufen mehr in das Haffwasser ableiten.

In der „Papierzeitung“ Nr. 3 befindet sich eine Notiz, nach der im Dorfe Jungfer im Freistaat Danzig die gleichen Erkrankungen wie in Ostpreußen vorgekommen seien. Dr. Wagner habe im ärztlichen Verein zu Danzig mitgeteilt, daß man dort nicht an Vergiftungen durch gasförmige Spaltprodukte (Arten) von Abwässern glaube.

An diese Notiz hängt die Redaktion der „Papierzeitung“ folgende geradezu köstliche Bemerkung an:

Nach einer uns zugegangenen Mitteilung soll die Krankheit durch den Stich einer Fliege verursacht sein, die nur 2 Meter über dem Wasser fliegt, weshalb nur Fischer in Rähnen mit niedrigem Bord von der Krankheit befallen werden.

Wir haben keinen Grund, in die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen der verschiedenen Ärzte über die Entstehung der Haffkrankheit einzugreifen, halten aber Herrn Professor Dr. Lenz für gewissermaßen genug, daß er sich nicht dazu herbeiläßt, Behauptungen aufzustellen, die er nicht mit Sicherheit zu beweisen imstande ist.

Zum Schluß haben wir nur noch den Wunsch, daß die von der Redaktion der „Papierzeitung“ erwähnte Fliege nicht einmal unversehens und unverhofft in eine Versammlung der Papiererzeugungs-Industriellen geraten möge. Die Wirkung der Tätigkeit dieser Fliege könnte auf manche Industrielle und auf die Bericht-erstatte der Fachzeitschriften in körperlicher und geistiger Hinsicht eine geradezu verheerende sein. G. Stähler.

Zur Maschinenführerfrage.

Auf den unter dieser Überschrift in Nr. 4 des „Proletariats“ erschienenen Artikel des Kollegen Engelhart möchte ich die Frage stellen: Ist das Vorgehen der Maschinenführer berechtigt und richtig?

Während das patriotische, deutsche Unternehmertum den Warenmangel und das deutsche Finanzletzt zum widestem Preiswucher und zur zügellosesten Warenverschwendung nach dem Auslande ausmühte und dabei einen nie geahnten Dividendenlegen einheimen konnte, sind die Löhne der Arbeiterschaft aber auch nicht annähernd im gleichen Maße gestiegen, so daß trotz der sorgfältig notwendig gewordenen Lohnkämpfe und der gestiegenen Lohn- und Gehaltsziffern die Kaufkraft aller Arbeitnehmer tief gesunken, ihre Lage als eine absolute Verelendung zu bezeichnen ist. Lohnforderungen sind eine alltägliche Erscheinung geworden, und ich verkenne in keiner Weise, daß das Vorgehen der Maschinenführer, die ja auch fast genau so wie wir mit der derzeitigen Wirtschaftskrise zu kämpfen haben, berechtigt und angebracht ist. Trotzdem muß wenn es auch den Kollegen aus Maschinenführerkreisen etwas unangenehm sein, sollte festgestellt werden, daß die Löhne der Maschinenführer in Bayern um 30 Prozent, d. i. fast ein Drittel, über den Löhnen der Hofarbeiter stehen. Spar- und Produktionsmängeln, die den anderen Kollegen überhaupt nicht oder nur zum geringsten Teil ausgeglichen werden, sind dabei nicht mitgerechnet. Kollegialität und Solidaritätsgefühl sind nicht zu in meine Zeiten Reid oder gar Haß einzuflechten, und nach wie vor glaube ich, mit meinen sämtlichen Kollegen einig zu gehen, wenn ich erkläre, daß mir die Forderungen der Maschinenführer in jeder nur denkbaren Weise unterstützen würden, wenn dieselben richtig, oder so, wie es das Solidaritätsgefühl verlangt, angebracht werden. Es ist eine Tatsache, daß ein früherer Papiermachergehilfe nach vier Lehrjahren eine gelungene Persönlichkeit war und tatsächlich als Kniffhandwerker galt. Damals gab es noch keine Papiermaschine, und nur durch lange Lehrzeit, mit gut bestandener Geistesprüfung, die der damalige Papiermacherlehrling vor seinem Jungmeister ablegen mußte, fand er die Berechtigung, den Namen Papiermachergehilfe zu tragen. Heute ist das ehrsame Handwerk verschwunden, und moderne Papiermaschinen ersetzen diese Kniffhandwerker, erhöhen die damalige Produktion um das 100fache, sparen den damals sehr hohen Reallohn des Papiermachergehilfen um eine sehr bedeutende Summe ein und der Jungmeister. Mit Quasi von wegens Handwerks ist damit tatsächlich unüberträglich zur Phrasen gestempelt worden. Eine kleine Geschichte, die die Maschinenführer nicht zu schroff anzusehen dürfen, soll bezwecken, den Unterschied zwischen gelehrtem und angeleitetem Arbeiter klar auszuliegen.

Ein Hirtenjunge, der mit seinen Ochsen, Kühen, Schafen und dergleichen keine Freude mehr hatte, wanderte hinein in eine Fabrikstadt und suchte sein Brot auf andere Weise zu verdienen. Er wollte Schloßer werden und war leider nicht in der Lage, das erforderliche Lehrgeld von 20 Mk. pro Monat anzubringen, denn er mußte doch verdienen, um sich nur auf kümmerlichste Art durchs Leben zu schlagen. Nach weiterem Suchen fand er schließlich bald Aufstellung in einer Papierfabrik mit einem Wochenlohn von 9 Mk. als Pflanzung und wurde in kurzer Zeit zum Pressenlocher an der Papiermaschine befördert. Nach kaum zwei Jahren war der ehemalige Hirtenjunge weiter, ausbildungslos sogar erster Maschinengehilfe mit doppelter Entlohnung. Ein Jahr später wurde in derselben Fabrik ein Maschinenführer, der den Werdegang seines Lebens genau so wie angeführt, zu verzeichnen hatte, wegen vorgerückten Alters abgebannt und mußte dank seiner angelehrenen



Stellung notgedrungen bei besser finanzierten Leuten mit Pöbel, Schafel und Rechen die Gärten bebauen, um sein Leben fristen zu können. Der Vorkämpfer vertrat dessen Stelle und ist somit ohne Lohn und Gehalt nur durch Anleihen mit Bezugszahl zum Spezialfacharbeiter der Lohnklasse Ia vorgezogen.

Diese Geschichte klingt wie ein Märchen, und doch ist sie wahr. Die Frage gelernt oder angelernt dürfte somit ihre Erlebung gefunden haben, und es ist zweifellos nicht richtig, wenn angelernte Arbeiter einseitige Forderungen stellen, die das Interesse der Gesamtheit außer Acht lassen. Steigt nicht zu hoch auf die Leiter, dann fällt ihr nicht so tief herunter, und laßt euch euer Vorhaben niemals langsam und gewissenhaft durch die Köpfe gehen; vergeßt dabei nicht, Solidaritätsgebunden mit einzustehen und gebt mir nach reiflicher Überlegung Antwort, ob es nicht richtiger wäre, einig und geschlossen den Herrn Arbeitgebern erneut aufzutreten. Dabei verweise ich auch die anderen Kollegen auf den Schiedspruch unserer letzten Lohnforderung.

Nicht leere Worte oder Zeitungartikel können eine Besserung unserer Notlage herbeiführen, sondern zusammengeschlossen müssen wir dem Unternehmertum die Lat gegenüberstellen, bis wir alle das erreicht haben, was wir wollen: Angemessene Entlohnung für geleistete Arbeit!

Joseph Trinkl.

Industrie der Steine und Erden

Drohender Kampf in der Kalk- und Zement-Industrie!

In der Deutschen Kalk-Industrie haben Zustände Platz gegriffen, die schwere Gefahren in sich bergen.

Die allgemeine Wirtschaftskrise, die auch die Kalk-Industrie schwer traf, hat dazu geführt, daß Tausende von Kalkarbeitern monatelang erwerbslos wurden. Diese Zeit ist von Unternehmenseite benutzt worden, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen derart zu verschlechtern, daß allgemeine Empörung bei den Kalkarbeitern herrscht.

Ganz besonders trifft dies für den Bezirk Hannover zu, wo u. a. die Löhne einen Tiefstand erreicht haben, der unerträglich ist.

Bei schwerster Arbeit werden hier Löhne gezahlt von 35 Pf. im Durchschnitt, sehr selten aber die Höhe von 40 Pf. die Stunde erreichen.

Es ist begreiflich, daß die Kalkarbeiter darauf drängen, die Löhne der Leistung anzupassen. Hierbei stoßen sie auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer. Kaltblütig erklären diese, die gezahlten Löhne seien ausreichend und alle Forderungen müßten deshalb abgelehnt werden. Wenn die Arbeiter mit dem Lohn nicht auskommen, müssen sie eben länger arbeiten.

Alle bisherigen Bemühungen zu einer friedlichen Verständigung scheiterten an dem Starrsinn der Unternehmer, die glauben, der Arbeiterschaft den Daumen aufs Auge drücken zu können. Weichen die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen, so dürften ernste Konflikte unausbleiblich sein. Jedenfalls ist die Arbeiterschaft nicht gewillt, diesen Zustand länger zu ertragen.

Als Scharfmacher besonderer Art zeigen sich die Herren vom Kalkwerk Marienhagen, eine Zweigniederlassung der Hfeder Hütte. Der Stundenlohn auf diesem Werk beträgt 38 Pf. Bereits am 30. Oktober 1924 wurden Forderungen eingereicht, von Unternehmenseite aber abgelehnt. Der angeregte Schlichtungsausschuß fällt einen Schiedspruch, der 44 Pf. Stundenlohn vorsah. Während dieser Spruch von der Arbeiterschaft angenommen wurde, lehnte die Unternehmenseite ab. Erst Ende Januar war das Werk bereit, 44 Pf. Stundenlohn zu zahlen, wenn sich die Arbeiterschaft verpflichten würde, bis Juli ohne jeglichen Zuschlag länger zu arbeiten. Von der Arbeiterschaft wurde dieses Angebot als Provokation betrachtet und abgelehnt.

Nachmalige Verhandlungen fanden am 9. Februar statt, ebenfalls ergebnislos. Bei dieser Verhandlung zeigte der Unternehmer bzw. dessen Beauftragter, wie die so viel gepriesene Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer zu bewerten ist. Offen wurde zugegeben, daß das Kalkwerk Marienhagen, bisher bestrebt gewesen sei, den größtmöglichen Profit aus den Knochen der Kalkarbeiter herauszuwickeln, und alles daran setzen werde, diesen Profit zu erhöhen.

Ob die Kalkarbeiter daran zugrunde gehen, interessiert die Firma nicht.

Nach Auffassung des Unternehmers sind ja die Kalkarbeiter auf Gnade und Ungnade dem Werk ausgeliefert, da Marienhagen andere Beschäftigungsmöglichkeiten nicht habe.

Auch der Arbeitgeberverband Hameln, dem eine Anzahl Kalkwerke angehören, haßt in dieselbe Kerbe und steht an Scharfmacherei der Hfeder Hütte nichts nach.

Zu allem Elend sich noch verhöhnen lassen, das ist das Los der Kalkarbeiter. Zu alledem kommt noch, daß sowohl im Bezirk Hannover wie auch im Marienhagener Kalkwerk die allgemeinen Arbeitsbedingungen verschlechtert werden sollen. Die Arbeiter sollen 10 und 12 Stunden arbeiten, ebenso sollen alle Zuschläge fallen. An Urlaub denken die Unternehmer garnicht, sondern sind der Auffassung, daß die Kalkarbeiter keinen Urlaub brauchen. Unter solchen Verhältnissen dürfte wenig Aussicht auf Verständigung sein.

Kommt es jedoch zum Kampf, so werden die Kalkarbeiter auch ihren Mann stellen. Um allem vorzubeugen, werden die Kalkarbeiter Deutschlands aufgefordert:

Weidet den Kalkbezirk Hannover, Weidet das Marienhagener Kalkwerk. Szag ist streng fernzuhalten.

Wenn die Differenzen beigelegt sind, erfolgt Mitteilung im „Proletarier“.

Auch in der Zementindustrie verschärfen sich die Gegensätze von Tag zu Tag. Unter Ausnützung der Notlage, pochend auf ihre wirtschaftliche Stärke, sich stützend auf die Syndikate, haben die Zementgewaltigen es verstanden, der Zementarbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen. Fast reflexlos wurde die 10- und 12stündige Arbeitszeit sowie das Zweischichtensystem durchgeführt. Die Zuschläge wurden vielfach beseitigt, der Urlaub gekürzt, zum Teil ganz aufgehoben. Dazu haben die Löhne einen Tiefstand erreicht, daß auch ein Hungerkünstler nicht mehr damit auskommen könnte. Diesen Zustand glaubt die Zement-Industrie verewigen zu können. Bei der Arbeiterschaft hat demgemäß eine Erregung Platz gegriffen, die leicht zu ernstlichen Zusammenstößen führen kann.

In erster Linie kommen hierbei in Frage die Zementgebiete Rheinland-Westfalen, Süddeutschland und Müsburg.

In allen drei Bezirken will man der Arbeiterschaft den Brothorb höher hängen, wenn sie nicht dem Unternehmer zu Willen ist. Die Arbeiterschaft soll sich also verpflichten, die 10- und 12stündige Arbeitszeit sowie das Zweischichtensystem tariflich anzuerkennen, dann will man gnädig eine Lohnherhöhung von 3 Pf. die Stunde geben, und das bei Löhnen, die 40 bis 45 Pf. die Stunde betragen und somit tief unter dem Ortslohniveau stehen. Dabei hat die Zementarbeiterschaft genau so wie der Kalkarbeiter schwerste körperliche Arbeit zu verrichten, hat starken Schweiß und ist größten gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Zu alledem hat in der Zementindustrie ein Antreibersystem Platz gegriffen, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann.

Die Zementarbeiterschaft hat es nunmehr aber satt, sich noch länger versklaven zu lassen. Sie verlangt jetzt Lohn- und Arbeitsbedingungen, die geeignet sind, auch die Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Diese Forderungen, die unter den gegebenen Umständen nur als recht und billig angesehen werden können, haben die Unternehmer rundweg abgelehnt. Die bisher gepflogenen Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer stützen sich auf ihre Macht und glauben, die Zementarbeiterschaft sei zermürbt und nicht fähig, irgendeine Kraft zu entwickeln, um etwas durchzusetzen.

Sollten die Unternehmer nicht irren? Der Haß der Zementindustrie gegen die Arbeiterorganisation ist bekannt, und sie haben im vergangenen Jahre alles versucht, um den Verband der Fabrikarbeiter zu sprengen. Zum Teil haben sie auch Erfolg gehabt, indem in zahlreichen Werken alle unsere Funktionäre entlassen und damit die Organisation geschädigt wurde. Jedoch die Zeilen haben sich geändert. Mit dem Einsetzen der besseren Arbeitsbedingungen haben sich auch die Zementarbeiter wieder gesammelt und organisiert, und wenn die Unternehmer glauben, mit dem Feuer spielen zu können, so dürften sie sich sehr leicht die Finger verbrennen.

Für die noch abseits stehenden Zementarbeiter muß die Unternehmeransicht wie ein Pfeilschuh wirken, sind sie es doch, die die Schutzgarde des Unternehmers bilden und das Vorwärtkommen der Gesamtheit erschweren. Die organisierte Zementarbeiterschaft wird die noch zur Verfügung stehende Zeit ausnützen müssen, um auch den letzten Mann der Organisation zuzuführen.

Die Zeit der Unternehmerrücknatur ist vorbei. Will die Unternehmerschaft der Zementindustrie ihre Arbeiterschaft und ihre Interessenvertretung als gleichberechtigten Faktor anerkennen, so muß sie den Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft weit mehr entgegenkommen zeigen, als es bisher geschehen ist. Glaubt sie aber, das nicht zu brauchen, dann wird die Arbeiterschaft Kraft und Zeit finden, ihren Wünschen und Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Verantwortung aber muß dann der Unternehmerschaft überlassen bleiben.

Bei aller Friedensliebe und bei allem Verantwortungsgefühl für die Gesamtwirtschaft lehnt es die Arbeiterschaft ab, lediglich Ausbeutungsobjekt zu sein.

Den Zementarbeitern ebenso wie den Kalkarbeitern rufen wir aber zu: seid auf eurer Hut — vieles steht auf dem Spiele — nicht die Zeit aus — stärkt die Organisation — agitiert und werbt für euren Verband — sorgt dafür, daß auch der letzte Mann organisiert wird im

Verband der Fabrikarbeiter!

M. E.

Lohn- und Tarifverhandlungen in den Industrien Steine und Erden.

Ziegel-Industrie:

Wirktemberg. Vom 9. Februar an beträgt der Stundenlohn für Betriebsarbeiter 60 Pf.

Baden. Für Baden ist der Lohn vom 2. Februar an für Betriebsarbeiter auf 61 Pf. die Stunde festgesetzt.

Frankfurt a. Main, Höchst und Offenbach, Stadt- und Landkreise. Mit Wirkung ab 5. Februar ist der Lohn des Betriebsarbeiters auf 67 Pf. pr. Stunde festgesetzt. Former, Brenner und Ofenarbeiter erhalten 3 Pf. die Stunde mehr.

Mittelddeutschland. Der Lohn des Betriebsarbeiters beträgt ab 15. Februar 55 Pf. pr. Stunde. Ofenarbeiter erhalten 5 Prozent Zuschlag.

Bezirk Hannover. Ab 26. Januar ist für Betriebsarbeiter der Stundenlohn auf 51 Pf. festgesetzt.

Zement-Industrie:

Thüringen. Vom 5. Januar an gelten folgende Mindestlöhne: Betriebsarbeiter 47 Pf., angelernte Arbeiter 49 Pf. die Stunde.

Kalk-Industrie:

Worms. Der Lohn der Betriebsarbeiter ist auf 51 Pf. festgesetzt. Die Ofenleute erhalten 3 Pf., die Brenner 6 Pf. die Stunde Zulage. Sozialzulage beträgt 3 Pf. die Stunde.

Feuerfeste Industrie:

Thüringen. Ab 15. Februar beträgt der Stundenlohn für Betriebsarbeiter 52 Pf.; Maschineller und Longrubenarbeiter erhalten 2 Pf., Ofenarbeiter und Brenner 3 Pf. Zulage.

Lein-Industrie Trensfurt. Ab 27. Januar ist der Lohn des Hilfsarbeiters auf 48 Pf. festgesetzt. Sortierer erhalten 52 Pf., Brenner 54 Pf. die Stunde.

Werk-Industrie:

Rheinland. Der Lohn für den angelernten Arbeiter beträgt nicht 61 (wie in der vorigen Nummer irrtümlich mitgeteilt ist), sondern 51 Pf.

erklärt sich ebenfalls bereit, sobald die russischen Gewerkschaften diesen Wunsch zum Ausdruck an den IWB zur Kenntnis gebracht haben, auf Ersuchen in Amsterdam eine Konferenz mit dem russischen Gewerkschaftsrat abzuhalten, zwecks gegenseitigen Gedankenaustausches.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Zur Arbeitszeitfrage

Nach der letzte Bundesausschussung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Resolution an, in der das Bestreben darüber ausgesprochen wird, daß die Reichsregierung trotz ihres Beschlusses vom 2. August 1924 das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag noch nicht ratifiziert hat. Diese Unterlassung wie auch die verspätete und langsame Durchführung des Paragraphen 7 der noch geltenden Arbeitszeitverordnung lassen erkennen, daß der Reichsregierung der ernste Wille fehle, den gesetzlichen Achtstundentag wiederherzustellen. Der Bundesausschuß erhebt Protest gegen diese Verschleppung, die sowohl für die deutschen Arbeiter wie für das Ansehen Deutschlands in der Kulturwelt unerträglich ist.

Der Bundesausschuß verpflichtet erneut die Gewerkschaften, auch entgegen allen Widerständen an der achtstündigen Arbeitszeit festzuhalten und alle gewerkschaftlichen Mittel für deren baldige Wiederherstellung auf der ganzen Linie einzusetzen.

Gleichzeitig wird der Bundesausschuß beauftragt, die Vorbereitungen für die Herbeiführung eines Volksentscheides zu beschleunigen, damit auf diesem Wege, wenn andere nicht zum Ziele führen, die Reichsregierung zur Wiederherstellung des Achtstundentages gezwungen wird. Von den Bezirks- und Ortsausschüssen des Bundes wird erwartet, daß sie entsprechend den Anweisungen des Bundesausschusses ihre ganzen Kräfte für das Gelingen dieser Aktion einsetzen.

Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung.

Die Unterstützungssätze betragen vom 9. F. 1925 an pro Tag:

Table with columns: im Wirtschaftsgebiet I (Osten), in den Orten der Ortsklassen A, B, C, D u. E, Reichspennente, 1. für Personen über 21 Jahre, 2. für Personen unter 21 Jahren, 3. als Familienzuschläge für: a) den Ehegatten, b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigten Angehörige. Similar rows for Mitte and Westen.

Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Fall folgende Beträge übersteigen:

Table with columns: in den Orten der Ortsklassen A, B, C, D u. E, Reichspennente, 1. im Wirtschaftsgebiet I (Osten), 2. im Wirtschaftsgebiet II (Mitte), 3. im Wirtschaftsgebiet III (Westen).

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Sind Pfennigbeträge auszusahlen, die nicht durch 5 teilbar sind, so können sie auf den nächst höheren durch 5 teilbaren Betrag aufgerundet werden. (Über die Unterstützungssätze im Osten siehe die Ausführungen unseres Kollegen Brep. in seiner Reichstagsrede, die in dieser Nummer abgedruckt ist.)

Was kostet die Sozialversicherung dem einzelnen Unternehmer?

In der Tagespresse ist in letzter Zeit viel von der sozialen Belastung der deutschen Wirtschaft die Rede gewesen, und es ist unter anderem herausgerechnet worden, daß die Wirtschaft etwa 1 1/2 Milliarden Reichsmark jährlich für soziale Zwecke aufzubringen habe. Das ist eine gewaltige Summe, deren Wert natürlich nicht zu unterschätzen ist. Trotzdem kann man sich aus diesen Angaben keine Vorstellung davon machen, wie nun der einzelne Unternehmer durch die sozialen Aufgaben und besonders durch die soziale Versicherung belastet wird. Dankenswerterweise hat vor einiger Zeit der Hauptverband deutscher Krankenkassen es unternommen, hierüber eine Erhebung zu veranstalten. Es ergab sich, daß bei 71 Betrieben, die zusammen 33 435 Personen (470 Personen je Betrieb) beschäftigen, die gesamte soziale Belastung sich auf 1,96 v. H. des Gesamtumsatzes belief. Es sind hier eingerechnet die Kosten der Angefallenen-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung und der Erwerbslosenfürsorge. Auf die Sozialversicherung allein entfielen 1,61 v. H. des Gesamtumsatzes. Aus ihren Bezügen hatten davon die Versicherten selbst 0,888 v. H. aufzubringen, so daß als Arbeitgeberanteil noch 0,71 v. H. = rund 1/14 des Gesamtumsatzes verbleiben. Rechnet man noch die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge hinzu, so erhöht sich diese Ziffer auf 0,89 v. H. = 1/11 des Gesamtumsatzes. Wenn man dem die Belastung der Betriebe etwa durch die Unfallsteuer entgegenstellt, die mit 1,5 bis 2,5 v. H. des Umsatzes anzusehen ist, so ergibt sich, daß auf den Unternehmer ein verhältnismäßig außerordentlich geringer Betrag für soziale Zwecke entfällt. Es könnte dagegen eingewendet werden, daß letzten Endes ja auch der Beitrag, den die Versicherten aufzubringen haben, aus den Erträgen der Betriebe genommen werden muß. Hier sei einmal erinnert an den Ausspruch des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns: „Der Anspruch aus der Versicherung gehört zum gerechten Lohne und ist deshalb, wie der Lohn überhaupt, aus Mitteln der Wirtschaft zu decken.“ Dieser Stellungnahme wird man ohne Zweifel beipflichten müssen. Fiele die Sozialversicherung weg, so würde die unmittelbare Folge sein, daß die Versicherten höhere Lohnforderungen stellen, weil sie natürlich nach einem Ausgleich dafür suchen müssen, daß ihnen in Krankheits- und Invaliditätsfällen der Schutz der Versicherung nicht mehr zur Seite steht. Den Beweis bilden die Lohnsätze im Auslande, wo keine Sozialversicherung besteht, und wo deshalb auch die Löhne bedeutend höher sein müssen und sind. Daß die Sozialversicherung eine Mehrbelastung der deutschen Wirtschaft gegenüber den Länden, den die Wirtschaft des Auslandes zu tragen hat, darstellt, darf man deshalb nicht wohl behaupten.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Einheitsfront?

Vom 5. bis 7. Februar tagte in Amsterdam der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Zur Frage einer Einigung mit dem Allrussischen Gewerkschaftsbund wurde eine Resolution einstimmig mit 14 gegen 3 Stimmen angenommen. Sie lautet: „Der vom 5. bis 7. Februar 1925 in Amsterdam tagende Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes — nachdem er Kenntnis genommen hat von der Korrespondenz zwischen dem IWB und dem Allrussischen Gewerkschaftsrat — beauftragt den Vorstand des IWB, dem Allrussischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der IWB sich bereit erklärt, den Allrussischen Gewerkschaftsrat anzulassen, wenn dieser Wunsch geäußert wird. Er



### Bewerkschaftliche Nachrichten.

#### Ein kommunistischer Erfolg.

Die Erfolge der Kommunistischen Partei bestehen in Niederlagen der Arbeiterschaft. So hat am 12. Februar 1925 das Große Schöffengericht Ludwigshafen das Urteil in dem Landfriedens- und Aufrührerprozess, in dem sich 26 meist jugendliche Angeklagte wegen Beteiligung an den schweren blutigen Ausschreitungen vor den Toren der Anilinfabrik in den Tagen vom 6. bis 7. März v. J. zu verantworten hatten. Es handelt sich um den von der Kommunistischen Partei gemeinsam mit dem Industrieverband der Chemie eingeleiteten Putsch. Ein Angeklagter wurde zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, zwei Angeklagte zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Achtzehn Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis acht Monaten. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Es ist das ernste Bestreben unserer Verbandsfunktionäre von jeher gewesen und wird es auch in Zukunft sein, die Arbeiterschaft vor den kommunistischen Torheiten zu bewahren. (Siehe den Hauptartikel im „Proletarier“ Nr. 21 vom 24. Mai 1924.)

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Oranienburg.** Seit dem Jahre 1921 gehörte die Arbeiterschaft der chemischen Industrie in Oranienburg der Lohnklasse A an. Schon mehrere Male lagen bei den Lohnverhandlungen Anträge der Arbeitgeber vor, Oranienburg in die Lohnklasse B zu versetzen resp. für Oranienburg eine andere Lohnregelung zu treffen. Sei den im Oktober 1924 geführten Lohnverhandlungen hatte die Firma Müch, A.G., für ihren Betrieb in der Düngemittel-Fabrik den Antrag gestellt, den alten Lohnsatz beizubehalten, was jedoch von der Organisation abgelehnt wurde. Der Vertreter der Firma Müch, A.G., erklärte damals, daß dieser Antrag nur für seinen Betrieb Geltung haben sollte. Bezeichnenderweise lag aber bei den Lohnverhandlungen am 7. Januar 1925 von den Unternehmern der gesamten chemischen Industrie Oranienburgs der Antrag vor, für Oranienburg einen niedrigeren Lohn festzusetzen, mit der Begründung, daß die Löhne der Oranienburger für die hiesige Industrie nicht tragbar seien. Die Unternehmer versuchten in verschiedenen Sonderverhandlungen zu beweisen, daß die Höhe des Lohnsatzes der Klasse A für Oranienburg nicht gerechtfertigt sei, was aber von Seiten der Gewerkschaft bis aufs kleinste widerlegt wurde. In der am 13. Februar vorgenommenen Verhandlung wurde eine Einigung zugunsten der Arbeiter erzielt. Derselbe Antrag wird bei den nächsten Lohnverhandlungen von den Unternehmern wieder gestellt werden. Warum heißt es, zu neuen, jeden Kollegen anzureizen, der noch abseits der Organisation steht, und ihm zu sagen, daß es seine Pflicht ist, Schlichter an Schlichter mit seinen Arbeitkollegen zu kämpfen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Warum hinein in den Fabrikarbeiterverband, die Vertreibung der Arbeiter in der chemischen Industrie!

**Schönebeck.** Kaktrol als Arbeitgeber. Jeder, der eine Zeitung in die Hand nimmt, findet darin ein Inserat über die Vorgänge der Kaktrol-Präparate. Wir wollen über die Vorgänge der Ereignisse nicht sprechen, aber an Kaktrol als Arbeitgeber gibt es doch viel anzusehen. Die Präparate werden in einer in Groß-Culze bei Schönebeck liegenden Fabrik hergestellt; jetzt ist ein neues großes Fabrikgebäude erbaut, und es soll nächstens mit den bei Kaktrol üblichen Festen eingeweiht werden. In dem Betriebe sind nur wenige Männer, dagegen hauptsächlich junge Mädchen beschäftigt. Der bei Kaktrol eintritt, muß damit rechnen, daß er auf allen Stellen nach seinem Kommando gestraft wird. So zum Beispiel wird er gestraft, ob der Eingetretene etwas schwarzweiss angezogen ist. Kaktrol weiß bis heute noch nicht, daß Deutschland eine Republik ist und die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold hat. Als er aus Anlaß eines Festes, um seine internationalistische Bedeutung zu zeigen, sagte, waren aus aller Herren Länder die Flaggen zu sehen, aber eine Fahne der Deutschen Republik sah man vergebens. Dafür wehte das schwarzweisse Banner des Jesuiten des Reichsritters über allen Festen; ebenso ist es in der Fabrikhalle auf den Wänden. So, wie Kaktrol jeden Fortschritt ablehnt, so lehnt er auch das Arbeitsrecht ab, trotz der vielen Rechte, die der Arbeitgeber danach hat, ob Arbeit bei Kaktrol ist nur zu kriegen durch die bekannten Methoden, die wir als kapitalistisches Denken ablehnen. Wendet sich jemand wegen Einweisung an Kaktrol, dann bekommt er einen Briefbogen mit der bereits erwähnten Forderung und einem Hinweis, später noch einmal vorzutreten; in der Zwischenzeit entscheidet es sich dann, ob eine Einweisung erfolgt oder nicht. Die die Einweisung Kaktrols über den Arbeitsvertrag ist, ist, gegen die Sonderverträge, zu deren Abschluß er nicht berechtigt ist. Wir werden uns mit dieser Frage noch einmal beschäftigen, wenn einige Streitfragen geklärt sind, denn Kaktrol ist des öfteren Gast beim Gewerbe- und Kampfbund. Wohl erklärt Kaktrol sich in allen Zeitungen bereit, die Meinungen von Fabrikmanagern usw. zu befragen, aber damit scheint es auch erledigt zu sein. Das der Arbeiter aber nicht die Befreiung von Fabrikstrafen braucht, sieht Kaktrol nicht ein. S. S.

**Schwägerin.** Kaiser Streik, die KPD und die sozialistische Wahrheit. Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie hat am 21. Januar der Firma eine Forderung unterbreitet auf Befreiung nach dem Tarif, unter Hinweis auf den § 12 der Arbeitsverfassung, der heißt: Die Entlohnung erfolgt nach dem Tarif. Die Arbeiterschaft der 3 chemischen Betriebe am Orte, Jochensthal, Gohlshausen, Jochensthal, Jochensthal u. a., Chemische Fabrik und Saline, hat seit dem Jahre 1919 nach dem Lohnabkommen des Reichs-Hauptgewerkschafts einseitig werden, und zwar nach der Mitteilung der Reichsleitung I und 2 des Reichs. Dem Reichs-Hauptgewerkschafts-Vorstand des Reichs-Hauptgewerkschafts wurde am 1. Juni 1923 ein Schreiben geschickt, das für die vier Betriebe am Orte bis zum 1. Oktober 1923 diese 4 Klasse nach dem letzten der drei Firmen-Gehältern, Jochensthal u. a. und Chemische Fabrik die Zahlung der 4. Klasse ein, war die Saline sollte sie weiter. Die drei Firmen hatten den Lohn ab, indem sie nur die Mitteilung wieder gaben. Es wurde kein Klage gegen die Chemische Fabrik, welche aber durch die Forderung des Landgerichts recht bekam, daß die Zahlung der 4. Klasse nicht für die Firma verpflichtend sei, weil das Lohnabkommen nicht für Chemische verbindlich erklärt sei und die Firma als Arbeitgeber nicht dem Reichs-Hauptgewerkschaft für die Chemie verpflichtet ist, der für allgemein verbindlich erklärt ist, aber nicht einseitig. Damit war die Klage gegen die Chemische Fabrik sowie der beiden Jochensthal erledigt. Diese drei Firmen haben aber bis zum 31. März 1924 nach dem Reichs-Hauptgewerkschafts-Vorstand jede Lohnregelung erhalten, indem sie die Klage nach der Mitteilung gaben. Der Lohn betrug daher vom 1. April 1924 an in der Spitze 22 Pfennig, welcher durch Schlichtung vom Hauptgewerkschaft für die Chemie festgesetzt wurde, und die drei Firmen haben auch diesen Spruch anerkannt. Die Saline hat am 1. Januar 1924 an ihrer Belegschaft auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse am Orte die 1. Lohnklasse gestellt, ist für Gewerbe-Veranstaltung in Frage kommt. Dadurch war die Arbeiterschaft in der Saline besser gestellt als in den drei chemischen Betrieben. Die Lohnverhandlungen, die dem im Oktober und November 1924 sowie vom 1. Januar 1925 an erfolgten, sind ebenfalls von der Salinenverwaltung anerkannt worden, demgegenüber die anderen 3 Firmen jede Lohnregelung ablehnten, so daß ein Unterschied zwischen der Arbeiterschaft der Saline gegenüber der Arbeiterschaft der drei chemischen Betriebe

von 12,8 Pfennig in der Spitze bestand. (Saline zahlte 55 Pfennig, die drei chemischen Betriebe 42,2 Pfennig.)

Die Arbeiterschaft der Chemischen Fabrik hat demzufolge am 28. Januar 1925 auf Grund der dringlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Firma die Forderung unterbreitet, daß sie nach dem Tarif entlohnt werden wolle. Als die Firma aber jede Verhandlung mit den Worten ablehnte, wir zahlen nicht und wenn es zum Reichsgericht geht, hat die Belegschaft am 29. Januar die Arbeit niedergelegt. Nach der erfolgten Arbeitsniederlegung in der Chemischen Fabrik haben die beiden Firmen Gohlshausen und Jochensthal ihrer Belegschaft ein Zugeständnis gemacht auf Grund der ebenfalls gestellten Forderung: Bezahlung nach dem Tarif. Die beiden Firmen bewilligten 48 Pfennig, also eine Lohnerhöhung von 5,8 Pfennig in der Spitze. Auf Grund dieses Zugeständnisses der beiden Firmen kam es in den beiden Betrieben nicht zur Arbeitsniederlegung.

Durch die Lohnerhöhung in diesen beiden Betrieben sah sich auch die Chemische Fabrik veranlaßt, denselben Lohn zu zahlen, und als dieses bekannt wurde, ist unter der einmütigen Belegschaft eine Verwirrung eingetreten, da allerhand Gerüchte verbreitet wurden und selbst die Firma durch Bekanntmachungen in den hiesigen Zeitungen darauf hingewiesen hat, daß der Betrieb wieder aufgenommen werden sollte. Des weiteren waren im Laufe der Streiktage annähernd 20 Arbeitswillige eingestellt worden. Die Firma hatte gewonnenes Spiel und lehnte jede Verhandlung mit der Verbandsleitung ab, da die Bedingungen der Firma von den Arbeitswilligen anerkannt und unterschrieben waren. Eine Besprechung zwischen Firma und Verbandsleitung verlief resultatlos.

Die darauf abgehaltene Belegschaftsversammlung nahm eine geheime Abstimmung vor, die ergab, daß 55 für den Streik, 28 für Arbeitsaufnahme und 4 unglückliche Stimmen vorhanden waren. Die Dreierkel-Mehrheit für Weiterführung des Streiks war also nicht vorhanden, und so mußte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der Kampf wäre wohl günstiger für die Arbeiterschaft ausgefallen, wenn nicht, wie immer, auch hier die KPD, insbesondere ihre Drahtzieher die Hand im Spiele gehabt hätten. Sie haben durch ihre Gehässigkeiten im Wort und Schrift das Rückgrat der Firma gefestigt. Aus jedem wirtschaftlichen Kampf muß eine Weltrevolution gemacht werden.

In einem Flugblatt werden die 6-stufigen Forderungen in den Vordergrund gestellt und dann wird zur Stadtverordnetenwahl in Schöneberg Stellung genommen. Unterzeichnet ist das Flugblatt: Die gewerkschaftlichen oppositionellen Kollegen des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes. Die kommunistische Partei Deutschlands. Sektion der III. Internationale. Verantwortlich: Bergarbeiter Karl Abel, M. d. L.

Zu den persönlichen Angriffen der Naz vom 7. d. M. in Nr. 32 zu den Unwahrheiten über den Streik sei bemerkt: Die Streikversammlung am 3. Februar war von 85 Belegschaftsmitgliedern besucht, dazu hatten sich einige Erwerbslose, also Betriebsfremde, mit eingestellt, darunter auch der Bergarbeiter Abel, M. d. L., der den streikenden Arbeitern Anweisungen erteilen wollte. Die Versammlung hat zugestimmt, daß Abel sprechen sollte, da er erklärte, er komme von Hannover, sei durch den letzten Streik in der Chemie erwerbslos geworden und sei auf der Durchreise. Als die Streikleitung von Abel verlangte, sich auszuweisen, erklärte er, daß er leider keine Ausweispapiere bei sich habe. Er hat bewußt die Arbeiterschaft belogen und es nicht für nötig gehalten, offen einzugehen, wer er ist und woher er kommt. Alles, was von Abel versucht wurde, der Verbandsleitung, insbesondere meiner Person, zum Vorwurf zu machen, wurde von der Streikleitung widerlegt und erklärt, sie brauche keine Anweisungen, da bereits alles erledigt sei und dafür gefordert wäre, was nötig sei bei einer Lohnbewegung. Der Geschäftsführer des Verbandes, heißt es dann weiter, ließ sich in der Versammlung nicht sehen. Es trifft nicht zu, daß ich mich nach Beendigung der Versammlung erst habe sehen lassen.

Man weiß hier ganz gut, wer die Sammlungsgeber für gewerkschaftliche Kollegen für sich verwendet oder die einflussreichen Gelder der von der Arbeiterschaft getroffenen Veranfassungen und die Beiträge für den Verband für sich verwendet hat, wenn die Fähigkeit als Betriebsrat abgesprochen wurde, seine Familie nicht ernährt, wer seine Stellung als Betriebsrat dazu benutzt hat, schwangere Frauen zu verewaltigen, von denen es abhing, ob ihr Ehemann in Arbeit blieb oder nicht, wer es verstanden hat, die Arbeiterinnen zum Wohlstand zu erniedrigen, weil ebenfalls ihre Arbeitsstelle davon abhängig war.

Man könnte so manches von diesen großen Helden der Öffentlichkeit preisgeben, wenn man so arbeiten wollte, wie es diese Leute tun. Der Geschäftsführer, Gen. Lieske, vom Metallarbeiterverband, der Mitglied der KPD, sowie alle übrigen Versammlungsbesucher haben mir nach Kenntnisnahme dieses Berichtes in der Naz offen erklärt, daß ein jedes Wort gelogen sei. Man kann ja den Schmerz der KPD, insbesondere deren Götzen fühlen, daß ihnen die Felle fortgerissen wurden sind und ihre Weltrevolution von Schöningen aus nicht gelungen ist.

Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, zieht aus diesem Liegenbleiben die Lehre und haltet die Augen auf. Jeder unabhängige Proletarier muß sich mit Abhören von dieser Gesellschaft wenden. Ehrlich zu kämpfen sind diese Parteien nicht imstande, nur mit dem Feind der Lage und Verleumdung ist es ihnen möglich, ihre Verbrechen an der Arbeiterschaft auszuüben.

### Frauenfragen.

**Die gewerkschaftlichen Aufgaben der Hausfrau.**  
Nach Professor Wygodzinski werden rund 60 Prozent des gesamten deutschen Volkseinkommens von den Hausfrauen ausgegeben. Das ist der Durchschnitt. In einkommensschwachen Familien ist der Prozentsatz also viel höher, das heißt, daß der Prozentsatz bei der Masse der niedrigeren Einkommen sehr hoch ist. Dieser Satz zeigt uns einmal, welche Rolle die Frau in der Wirtschaft spielt und in welchem Maß ein gesunder hauswirtschaftlicher Sinn der Frau die gesamte Wirtschaft zu beeinflussen vermag. Eine große Anzahl der Frauen sind sich des Wertes ihrer Hausarbeit in der Volkswirtschaft gar nicht bewußt. Sie kennen nur die Sorgen der Familie und wegen kaum Veranlassungen zu besuchen, in denen Frauenfragen besprochen werden, noch seltener, entsprechenden Lesestoff zur Hand zu nehmen. Der Mann, unterläßt es sehr oft, seine Frau mit den wichtigsten wirtschaftlichen Dingen vertraut zu machen, und so ist es möglich, daß alle Arbeiten des Mannes in den einzelnen Organisationen durch das unzulange Handeln der Frau untergeben werden. Wo Zusammenfassung sein sollte, ist Zersplitterung, besonders groß auf dem Gebiete der Verwendung der Kaufkraft. Es ist aber an der Zeit, Verwundt wachen zu lassen. Die Frauen haben in der Kontingenzbewegung ihre Befähigung, an ihnen selbst wird es liegen, zur Erziehung und Aufklärung der Frau beizutragen, sie aus dem engen Kreis der Familienwirtschaft in die Gemeinwirtschaft einzuführen, was zunächst treue Genossenschaftlerinnen erfordert.

**Schutz für die gewerblich tätigen Schwangeren.**  
Auch Erlass der preussischen Minister für Handel und Volkswirtschaft vom 27. Oktober 1924 werden die in der Schwangerschaft und Wochenruhezeit tätigen Reichs- und Stadt-Fabrikarbeiterinnen aufgeführt, ihre Beobachtungen über den Einfluß der gewerblich-tätigen Arbeit auf den Gesundheitszustand und über Verhältnisse der Schwangerschaft den Gewerkschaftsverbänden mitzu-

teilen. Durch diesen Erlass wird der Weg beschritten, der es ermöglicht, einwandfreies Material zu bekommen über die Dauer der Beschäftigung von Frauen, die sich in anderen Umständen befinden, in den gewerblichen Betrieben; ferner werden wir einmal erfahren, wie häufig durch eine Weiterbeschäftigung während der Schwangerschaft Früh- und Fehlgeburten herbeigeführt bzw. der Geburtsverlauf ungünstig beeinflusst wird. Bis jetzt besitzen wir nur ein Material, das von den Gewerkschaften bei Spinnerel- arbeiterinnen gesammelt worden ist.

### Rundschau.

#### 137 Tote.

Ein grauenhaftes Grubenunglück hat sich am 11. Februar auf der Zeche „Minister Stein“ ereignet. Durch Schlagwetter- explosion wurden 137 Bergarbeiter getötet. Das ist des Bergmanns Los, während die Herren Zechenbesitzer die Millionenbeschenke der kapitalistischen Regierung einsacken.

#### Bergarbeiter und 700-Millionen-Skandal.

Der Bergarbeiter-Verband richtete an die Reichsregierung folgendes Schreiben: Unter Bezugnahme auf unser Schreiben, gerichtet an das Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium, und unter weiterer Bezugnahme auf die inzwischen erfolgte Zahlung von etwa 700 Millionen Mark an die rheinisch-westfälische Industrie als Entschädigung für Micum- und Reparationslasten zeugten wir, einer Entschädigung der Bergarbeiter der rheinisch-westfälischen Stein- und Braunkohlenreviere als Ersatz für die ihnen durch Folgen der Ruhrbesetzung entstandenen Verluste baldigst näher zu treten. Eine Substantiierung dieser Schadensforderungen behalten wir uns für besondere Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Bergarbeiterorganisationen vor, um deren baldigste Anbetragung wir erziehen.

#### Deutsche Schwelenschneider gesucht!!!

Eine große Holzhandelsfirma Süddeutschlands sucht circa 500 Schwelenschneider. Bedenken wird ein durchschnittlicher Mindestlohn von 6 Mk. täglich. Es ist beabsichtigt, falls nicht genügend deutsche Arbeiter sich finden, Arbeiter aus Italien heranzuziehen. Deutsche Schwelenschneider wollen sich darum sofort beim Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Berlin SW 48, Einkeplerstr. 6, melden, der diese Meldungen an das zuständige Landesarbeitsamt weitergeben wird.

### Literarisches.

**Sven Hedins Biographie.** Verlag Brockhaus, Leipzig. Preis geb. 15 Mk. Am 19. Februar 1925 vollendete Sven Hedin das 60. Lebensjahr. Sven Hedins Taten als geographischer Forscher sind durch seine Reisewerke allgemein bekannt; diese gehören zu den klassischen Schöpfungen der Länder- und Völkerkunde aller Zeiten. Gerade zur rechten Zeit bringt seine Schwester Ulma bei Brockhaus, Leipzig, ein stattliches, reich mit interessanten Abbildungen geschmücktes Buch heraus unter dem Titel „Mein Bruder Sven. Nach Briefen und Erinnerungen.“ Sehr beachtenswert sind die scharfen Bilder, die er aus seinem Umgang mit Männern wie dem englischen Feldmarschall Kitchener, dem Vikarönig von Indien Lord Minto und anderen entwirft. Spät macht der diplomatische Krieg, den der Forscher mit der englischen Regierung führen mußte, damit er in das allen Europäern streng verschlossene Land Tibet einbringen konnte. Sven Hedin setzte seinen Willen gegen das mächtige England durch und er hatte den Triumph, von seiner dritten Tibetreise die größten Entdeckungen heimzubringen, die einem Forscher in diesem eigenartigen Land beschieden sein könnten. — Aber die erstaunlichen Erfolge haben Sven Hedin nicht stolz gemacht, er hat sich ein warmes Herz für alle bewahrt, auch für die Tierwelt. Geradezu berühmt ist es zu lesen, wie zärtlich er mit seinen vierbeinigen Reisegenossen, Kamelen und Hunden, umging. — Ein sieghafter Optimismus hat Sven Hedin von Erfolg zu Erfolg geführt. Es gibt darum keine bessere Schule der Energie und des Erfolges als gerade diese Lebensbeschreibung des berühmten Forschers. Aber das Buch hat noch einen seltenen Vorzug: in ihm klingt das Hohelied der Familie. In keinem Werk hat die Liebe zum Elternhaus, zur Familie und zum Vaterland ein edleres Bekenntnis gefunden, während ist die Treue, mit der der 60jährige Vater noch mit sicherer Hand für den berühmten Sohn Manuskripte schreibt. Die Schwester schließt das Buch mit den Worten: „Neben seinen literarischen Plänen steht Sven nach wie vor lockend vor seinem Sinn.“ Immer wieder hat er den Drang gefühlt, in die Einsamkeit zurückzukehren, und vielmals folgt er noch einmal der mahnenden Stimme.“ Wir empfehlen das sehr gut ausgestattete Buch unsern Lesern auf das wärmste.

**Was ist Psychoanalyse?** Wörtlich überfetzt heißt es: Seelenzerlegung, Seelenzergliederung. Der Begriff Psychoanalyse bedeutet aber viel mehr als eine Seelenzergliederung. Die Seele besteht nicht, wie Hans Jalliger in seinem toben bei der Frankfurter Verlags-Handlung, Stuttgart, erschienenen Büchlein „Unbewusstes Seelenleben“ (Preis geb. 1,20 Mk., geb. 2.— Mk.) sagt, aus Bestandteilen oder Elementen; sondern aus Kräften, die immer und ohne weiteres neue Verhältnisse miteinander eingehen. Psychoanalyse muß also zugleich die Spaltbreite, sie ist nicht als Zerlegung, sondern zugleich als Aufbau, als Neugestaltung aufzufassen. Eine originelle Ergänzung des Textes sind die 20 Abbildungen, die hauptsächlich die Abgrenzung der Symbolik bei Kindern, Geisteskranken und Trübsinnigen illustrieren und viel eindrücklicher wirken, als langsame Auseinanderlegungen.

**Urania**, die Zeitschrift für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-G. m. b. H., Jena. Die Nummer 5 (Februar-Nummer) ist erschienen und enthält Abhandlungen über die Erschaffung der Welt, Vererbung erworbener Eigenschaften, Freiland-Zerarien, zu Fuß durchs Mittelal, wie entsteht ein Delta, der Sternenhimmel im März. Außerdem enthält das Heft Notizen verschiedener belehrender Art, ein Beiblatt für Körperkultur, eine Liebes-Beigabe usw.

### Verbandsnachrichten.

#### Ausgeschlossen.

Kurt Leidenroff, geb. am 25. August 1892 in Chemnitz. Abgetreten vom Metallarbeiterverband angebl. 15. Januar 1924. Buchnummer S. II. 630 983.

### Die Zahlstelle Halberstadt

sucht zum 1. April 1925 einen tüchtigen Geschäftsführer. Bewerber müssen Mitglied unseres Verbandes, mindestens fünf Jahre organisiert, mit allen gewerkschaftlichen Fragen vertraut und befähigt sein, aber gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen vorzutragen zu halten. [9,50 Mk.] Dem Bewerbungsschreiben sind beizufügen: 1. eine kurze selbstgeschriebene Schilderung des Lebenslaufes, 2. eine Schilderung der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, 3. eine Arbeit über die Fragen: „Wie ist eine Bezirkszahlstelle organisatorisch anzubauen?“ und „Wie ist eine Zahlstelle zu leiten?“ Bewerbungsschreiben sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 12. März an den Kollegen Löffel, Magdeburg, Waller-Katharinen-Straße (Stadt, A. Weissamt, Zimmer 22a) zu richten.